

Thema	CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AFD
-------	---------	-----	-------	-------	-----	-----

<p>1. Vereinbarkeit Familie-Beruf</p>	<ul style="list-style-type: none"> Wahlfreiheit i. Hinblick auf Erziehung u. Betreuung <ul style="list-style-type: none"> Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter (flexibel, bedarfsgerecht, vielfältig) Anreize f. AG i. Form v. Zuschüssen für Betreuungskosten während Grundschulzeit (S.25) Qualitätsverbesserung v. Bildung u. Betreuung (S.26) Anspr. v. Rückkehr v. TZ zu VZ (Anspr. auf befrist. TZ), ab best. Betriebsgröße (S. 26, 43) <ul style="list-style-type: none"> Alleinerz.: Anspr. auf berufl. Wiedereingliederung mehr Flexibilität: Familien- u. Lebensarbeitszeitkonten (S. 26) neue digitale Arbeitszeitmodelle (S. 51) 	<ul style="list-style-type: none"> Familienarbeitszeit (S. 9/10): 150 Euro monat/Elternteil bei Reduzierung der jeweiligen Vollzeit auf 75-90 % (26-36 Std.) für 24 Monate, soll auch für Alleinerziehende, getrennt Erziehende und Regenbogenfamilien gelten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kitas und Grundschulkindern (S.10) Pflegende Angehörige (S.15): bis zu drei Monate reduzierte Arbeitszeit oder Ausstieg mit Lohnersatzleistung orientiert an Elterngeld Daran anschließend Familienarbeitszeit in der Pflege: 150 Euro/monat Erbsatzleistung für bis zu 13 Std. Arbeitszeitreduktion. Recht auf Nicht-Erreichbarkeit (S. 23) Rückkehrrecht aus Teilzeit (befristete Tz.) (S. 81) Wahlarbeitszeitgesetz, Langzeitkonten attraktiver machen (S. 22) 	<ul style="list-style-type: none"> eher Gleichberechtigung S. 129ff, S. 210f Vereinbarung von Beruf und Privatleben größte Herausforderung; Forderungen: Flexible Vollzeit [30-40 Stunden]; Recht auf Homeoffice; Pflegezeit; Konzept KinderzeitPlus; unterstützende Infrastruktur; ganztägige Kinderbetreuung; flächendeckender Ausbau von Ganztagsschulen, bzw. Hortbetreuung; Ausbau unterstützender Angebote für pflegende Angehörige <ul style="list-style-type: none"> KinderZeitPlus (Ablösung der Elternzeit: 24 Monate, dabei jeweils für ein Elternteil 8 Monate + 8 Monate, die frei wählbar sind. Die KinderZeitPlus kann bis zum 14. Geburtstag des Kindes genommen werden) 	<ul style="list-style-type: none"> Rechtsanspr. auf beitragsfreies GT-Angebot (26) Kündigungsschutz f. Eltern in den ersten 6 Lebensj. des Ki. kostenfreie Weiterbildungsangebote nach Elternpause (27) AZ-Verkürzung auf ca. 30 Wochen-Stden / 6-Stden-Tag mit vollem Lohn u. Personalausgleich Recht auf TZ u. RückkehrR auf vorherige AZ stärkere Kontrolle v. Überstunden u. AZ-Gesetzen (72) 	<ul style="list-style-type: none"> Langzeitkonten für die Arbeitszeit unabhängig vom Arbeitgeber(für „Rush –Hour des Lebens) (S 84) Flexibilität bei der Regulierung von Arbeitszeitmodellen (Vertauensarbeitszeit) 	<ul style="list-style-type: none"> kommt nicht explizit vor S.37 Ehe und Familien stärken Für ein klares Familienbild > Gender Ideologie ist verfassungsfeindlich
--	---	--	---	---	--	--

			<ul style="list-style-type: none"> • Pflege Zeit Plus: 3 Monate Zeit für Pflege mit Lohnersatz S.207 			
2. Finanzielle Entlastung/ Steuern	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung finanz. Situation junger Fam. <ul style="list-style-type: none"> ○ Anhebung Kinderfreibetrag / Erhöhung Kindergeld = Anhebung Kinderfreibetrag auf Niveau des Erwachsenen. = entspr. Erhöhung KIG: 25 € = 300 Euro jährl./ Kind (S.33) ○ zweiter Schritt spätestens i. folg. Legislaturperiode (S.25) • keine Steuer-Erhöhung! (S. 33) • Abschaffung Solidaritätszuschlag schrittweise ab 2020 schnellstmöglich (S. 33) • Senkung Einkommensst.: in erster Linie f. Mitte, d. h. Familienm. Kindern, AN... (S.33) • gerechtere Gestaltg d. EinkommensST. 	<ul style="list-style-type: none"> • Kita gebührenfrei, schrittweise (S. 10) • Familientarif mit Kinderbonus (S. 50): jedes Elternteil hat pro Kind 150 Euro Steuerfreibetrag (Alleinerziehende vermutl. 300, Ehepaare können bis zu 20.000 Einkommen untereinander verteilen. Bestehende Ehen können zwischen diesem System und dem des Splittings frei wählen. Neue Ehen nur noch mit Familiensplittung. • Nach EK gestaffeltes Kindergeld (S.11) • Kindergeld und Kinderzuschlag zusammenfassen zu „erweitertem Kindergeld“ und für Alleinerziehende verbessern (Zusammenführung nur in den unteren Kigeldgruppen, telef. Auskunft SPD-MA am 28.7.) (S. 50) • Entlastung durch Wiederführung paritätischer Finanzierung der Sozialversicherung (S. 50) • Beitragsentlastung bei Soz.vers. für Arbeitnehmer/innen im Niedrigemkommensbereich bis 1300 	<ul style="list-style-type: none"> • S.215 Grünes Familienbudget (Volumen 12 Milliarden €): alte Regeln sollen weiter gelten, aber neu individuelle Besteuerung; siehe einkommensabhängiger Kindergeldbonus S. 212 Ein Nachfrage bei den Grünen ergab folgende Konkretisierung (per Mail am 21.7.17): „Das Familien-Budget besteht aus drei Reformteilen: 1. Mehr Geld für alle Familien, die Leistungen der Grundsicherung erhalten. Die Regelsätze für Kinder in der Grundsicherung müssen so hoch sein, dass sie den tatsächlichen Bedarf verlässlich absichern. Die Bedarfe müssen tatsächlich gedeckt werden, auch die zur Teilhabe am sozialen Leben, an Bildung, Kultur 	<ul style="list-style-type: none"> • unter 12.600 € ist Einkommen steuerfrei (= 1.400 brutto mtl.) • ab 70.000 €: Steuersatz 53 % (= 81.000 € brutto) • Erhöhung Grundfreibetrag auf 1.050 € • ermäßigter Steuersatz auf Kinderprodukte (38) • Reichensteuer (8) <ul style="list-style-type: none"> ○ VermögensST: > 60 % ab 260.533 € (38) > 75 % ab 1 Mill.€ (37,38) ○ Erhöhung ErbschaftsST. (37) • Ehegattensplittung: ersetzt durch familienfreund. Steuermodelle (39,73) 	<ul style="list-style-type: none"> • (S.92) Kindergeld 2.0: kindbezogene Leistungen sollen zusammengefasst werden (bestehend aus: einkommensunabhängiger Grundbetrag, einkommensabhängigem Kindergeld[Bürgergeld] und Gutscheine für Bildung und Teilhabe) 	<ul style="list-style-type: none"> • S.40 Familiensplittung, soll zusätzlich zum Ehegattensplittung gezahlt werden. • Das „Familieneinkommen“ soll „auf alle Familienmitglieder aufgeteilt und versteuert“ werden (S. 3). • S.41 Steuerverschwendung durch „Gender-Forschung“ beenden; • s.40 Leistungsausgleich durch Steuer – und Beitragsgerechtigkeit, • S. 58 für Pflege- und Krankenversicherung sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Höhe einzahlen

	<ul style="list-style-type: none"> > Mittelstandsbauch verringern • Spitzensteuersatz : erst bei steuerpflicht. Jahreseink. v. 60.000 € • Ausschluss v. Wiedereinführung d. Vermögenssteuer (S. 34) • verbilligter Zugang f. Schüler/innen, Azubis, Studenten zum ÖPNV (S. 36) 	<p>Euro (S. 51), Tz-Kräfte werden hier explizit erwähnt. Anspruchsgrundlage soll aber in den Soz.vers. auf vollem Niveau erhalten bleiben, Kompensation durch Steuerzuschuss</p> <ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung Soli ab 2020 für untere und mittlere EK 52.000/104.000 zu versteuerndes EK (S. 51/52), für höhere EK stufenweise Abschmelzung (S. 51) • Spitzensteuersatz von 42 % fällt zukünftig erst ab 60.000 Euro (bisher 54.000) an, gleichzeitig wird Spitzensteuersatz erhöht auf 45 % ab 76.200/152.400 Euro, Reichensteuersatz dann 48 % ab 250.000 Euro (S. 52), • Kapital und Arbeit gleichwertig besteuern, Abgeltungssteuer abschaffen (S. 52) • Große Erbschaften stärker besteuern (S. 53) 	<p>2. <u>Mehr Geld für Familien mit geringem Einkommen.</u> <u>Mit dem „Kinder-geld-Bonus“ können sie verlässlich aus der Grundsicherung ausscheiden.</u> Mit dem Kindergeld-Bonus garantieren wir, dass Kinder in Familien mit geringem Einkommen und Alleinerziehende bekommen, was sie zum Leben brauchen. Der Bonus ist so hoch, dass der Mindestbedarf des Kindes wie im Unterhaltsrecht (nach Lebensalter) gedeckt ist. Eltern mit geringem Einkommen erhalten den KindergeldBonus in voller Höhe. Bei höheren Einkommen der Eltern wird der Betrag abgeschmolzen.</p>			
--	---	--	--	--	--	--

Der Bonus wird automatisch ausbezahlt. Damit wird jedes dieser Kinder zuverlässig erreicht. Wie im Unterhaltsrecht wird Alleinerziehenden das Kindergeld nur zur Hälfte auf den Bonus angerechnet, darum sind die Auszahlungsbeträge hier höher.

3. **Mehr Geld für Familien mit mittlerem Einkommen und damit eine gerechtere Familienförderung.**

An die Stelle von Kindergeld und Kinderfreibeträgen tritt bei diesen Familien die Kindergrundsicherung, die das Kindergeld und die Kinderfreibeträge ersetzt. Dadurch erhalten Eltern mit kleineren und mittleren Einkommen für ihre Kinder endlich die gleiche Unterstützung

<p>3. Armut</p>	<ul style="list-style-type: none"> „Wir finden uns nicht mit Kinderarmut ab.“ >„bestmögliche Erziehung, Bildung u. Betreuung, unabhängig v. Herkunft u. Lebenssituation d. Eltern.“ (S. 24) 	<ul style="list-style-type: none"> „... wollen wir ein nach Einkommen und Kinderzahl gestaffeltes Kindergeld einführen, das Kindergeld und Kinderzuschlag zusammenführt.“ (S. 50) „...werden wir das Konzept der Existenzsicherung für Kinder mit den unterschiedlich zusammenwirkenden Instrumenten regelmäßig überprüfen und gegebenenfalls anpassen.“ (S. 11) Sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen abschaffen (S. 12) Einerseits Arbeitslosenversicherung zu Arbeitsversicherung umbauen, andererseits Arbeitslosenversicherung wieder stärken (S. 26), überhaupt mehr kümmern um Arbeitslose, 	<p>wie Eltern mit hohen Einkommen. Weitere Informationen finden Sie hier: https://www.gruene-bundestag.de/zeitpolitik.html</p> <p>In unserem Antrag „Familien stärken – Kinder fördern“ finden Sie ausführliche Informationen: http://dipbt.bundes-tag.de/dip21/btd/18/104/1810473.pdf</p>	<ul style="list-style-type: none"> Abschaffung Hartz IV Mindestsicherung von 1050 Euro (derzeit) (25) <ul style="list-style-type: none"> f. Erwerbsfähige u. Nicht-Erwerbsfähige bedarfsgerecht, individuell., dynam., sanktionsfrei auch Asylbewerber, alle EU-Bürger (25) Verlängerung Bezug ALG II (8, 23) Anspr. auf ALG n. 6 Mo.; Rahmenfrist 3 J. (23) Abschaffung Bedarfsgemeinschaft (24) ggf. Aufstockung auf Mindestsicherung i.H. v. 1.050 € (steuerfinanziert) (23) Sonderbedarfe durch Gesundheitsversicherung (25) ggf. Wohngeld (25) 	<p>(S.132) Generationengerechtigkeit</p> <ul style="list-style-type: none"> (S. 66) Neuanfang in der Arbeitsförderung Langzeitarbeitsloser „Training on the Job (S:65) Bürgergeld: mehr Transparenz und Vereinfachung von steuerfinanzierten Sozialleistungen 	<ul style="list-style-type: none"> Benachteiligung von Familien beseitigen Kinderarmut bekämpfen S.52 Arbeitslosigkeit und Qualifikation für Langzeitarbeitslose Bedarfsangepasste Qualifizierung für Arbeitslose, Bürgerarbeit (gemeinnützige Arbeit für Langzeitarbeitslose, ca.30 Wochenstunden sozialversicherungs-pflichtig entlohnt)
------------------------	---	--	---	---	---	---

	<ul style="list-style-type: none"> • Bildung u. Betreuung stärken (S.25) • bestverfügb. Bildung, Ausbildung f. alle (S. 34) • Durchlässigk. zw. Schultypen u. Ausbildungswegen (S.34) • Gymnasium als Schulform bleibt (S. 34) • für aufstiegsorientierte Menschen ohne 	<p>Langzeitarbeitslose, speziell auch Frauen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sanktionen für <25jährige im SGB II streichen (S. 27) • Schonvermögen im SGB II verdoppeln (S. 27) 		<ul style="list-style-type: none"> • Sozialticket, langfristig ÖPNV entgeltfrei (25) • Kinderarmut • Kinderarmut = Elternerarmut > Aktionsplan gegen Kinderarmut • ÖPN u. Zugang z. Kultur u. Bildungseinrichtungen (z. B. Musikschule) kostenfrei (25) • Kindergrundsicherung: > 573 € (zu versteuern) ! (26) • Kindergeld-Erhöhung auf 328 € (26) • Alleinerziehende • UHV bis Schulabschluss, mind. bis 18. J. ohne Einschränkung (27) • keine Anrechnung von UHV und Kindergeld auf SGB II-Leistungen (27) 		
<p>4. Bildung</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Bildung u. Betreuung stärken (S.25) • bestverfügb. Bildung, Ausbildung f. alle (S. 34) • Durchlässigk. zw. Schultypen u. Ausbildungswegen (S.34) • Gymnasium als Schulform bleibt (S. 34) • für aufstiegsorientierte Menschen ohne 	<ul style="list-style-type: none"> • Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern (S. 10) • Qualität der Kinderbetreuung erhöhen (S. 10) • Fachkräfteoffensive bei Erzieher/innen, Kindertagespflege (S. 10) • Ausbau Schulsozialarbeit, Schulmodernisierungsprogramm (Weiterentwicklung des jetzigen Schulanschlusprogramms) (S. 13) 	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinwohlorientierung und Bildung; S. 71 • Einführung eines europäischen Nachrichten- und Bildungssenders; S. 164 • Potenziale des digitalen Wandels für Bildung und Forschung nutzen, S. 165 • schnelles und offenes Internet für alle; S. 175 • Mit guter, inklusiver Bildung Türen öffnen 	<ul style="list-style-type: none"> • inklusives Bildungssystem • Lern- u. Lehrmittelfreiheit • kostenfrei: Verpfleg. i Kita u. Schule; ÖPNV • Aufhebung Kooperationsverbot • Bildung als Gemeinschaftsaufgabe ins GG! (51) • Recht auf Weiterbildung • BildungstZ-Gesetz bzw. Recht auf Auszeit: zeitw. Reduzierung der AZ 	<p>Das Hauptthema des Wahlprogramms (S.21-34):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bildungsgutscheine, • 1000,-€ Technik pro Schüler, • bessere Ausbildung und Bezahlung von Kita-Personal, Inklusion; • Geld folgt Studierenden-länderübergreifende Hochschulfinanzierung/nachgelagerte Studiengebühren 	<ul style="list-style-type: none"> • S.44 Keine ideologisch motivierte Inklusion • Förder- und Sonderschulen erhalten • S:37 „anerkannte Regeln für Partnerschaft und Familie, Haushaltführung, Lebensschutz und Kindererziehung in Lehrpläne und Schulbücher“

	<p>Abi u. Studium: Modell d. „Höheren Berufsbildung“ (S. 36)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der politischen Bildung (S.8) • duale Ausbildung i. Betrieb u. Schule (S.14) • „Nationale Weiterbildungsstrategie“ <ul style="list-style-type: none"> ○ für lebenslanges Lernen, Bildung, Qualifizierung (S.15) ○ digitale Bildungsoffensive > Schaffung Bildungscloud > digit. Weiterbildung Lehrkräfte > nation. Weiterbildungsstrategie gemeins. m AG, Gewerksch. etc 53) 	<ul style="list-style-type: none"> • Kooperationsverbot bei Bildung aufheben/neuer GG 104c (S. 13) • Bildung als gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen (S. 13) • Einführung von Jugendberufsagenturen, Ausbildungsplatzgarantie, soziale Berufe als duale Ausbildung, Mindestausbildung, Mindestausbildung, Mindestausbildung, Mindestausbildung (alles S. 12) • Viele Absichten zu beruflicher Bildung und Hochschulbildung (S. 16) • Bafög ausbauen und für allgemeinbildende Schulen öffnen (S. 20/21) • Investitionsquote ist in D im int. Vergleich sehr gering. Als wichtige Zukunftsinvestitionen werden genannt: Schulen, Kinderbetreuung, Fachkräfte (die ersten drei Positionen von 10) (S. 48) 	<p>(frühkindliche Förderung 3 Milliarden vom Bund S.176); S. 176</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung der Maßnahmen eines nationalen Aktionsplanes für eine nachhaltige Bildung von der Kita bis zur Erwachsenenbildung 	<ul style="list-style-type: none"> ○ teilw. Lohnausgleich (mind. 70 % v. Netto u. Sozialversg) ○ Berücksichtig. bei Rente u. ALG I • Weiterbildungsfonds (15) 		
<p>5. Rente</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Angleichung der Rentenwerte Ost / West (S. 30) • Rentenkommission wird eingesetzt: Vorschläge bis Ende 2019 (S.43) • ges. Rente bleibt zentr. Pfeiler, 	<ul style="list-style-type: none"> • „Doppelte Haltelinie“ durch gesetzliches Rentenniveau bei mind. 48 % und Beitragssatz höchstens 22 % (bis mind. 2030). Soll erreicht werden durch Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, system. Einwanderungspolitik, Verbreite- 	<ul style="list-style-type: none"> • S. 206 Gesetzliche Rente stärken, Rentenniveau stabil halten, • Garantierente einführen; S. 206 • gesetzlich versicherte Selbständige sollen bei Pflegeversicherung 	<ul style="list-style-type: none"> • umlagefinanzierte ges. Rente (20) • Anhebung Niveau auf 53 % (8, 20, 21) • solidar. Mindestrente 1.050 € > Berücksichtigung v. Unterhaltsansprüchen (8, 20, 22) 	<ul style="list-style-type: none"> • (S.57), flexible Altersvorsorge, flexibler Übergang in den Ruhestand • (S.60) freiwilliges Vorsorgekonto in einem sicheren Bürgerportal • (S.61) Betriebliche Altersvorsorge stärken 	<ul style="list-style-type: none"> • S.57 Grundsätzliches zur Rente: staatliche Rente +Betriebsrente+ private Altersvorsorge sollen gestärkt werden • S.57 Rente und Lebensarbeitszeit • S.57 Rente und versicherungsfremde Leistungen

<p>zusätz. Betriebsrente, priv. Vorsorge (S.43)</p>	<p>rung der Versichertenbasis, Erhöhung Steuerzuschuss, beschleunigte Digitalisierung, Stärkung der Tarifbindung (S. 44). In diesem Zusammenhang soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter erhöht werden (durch Maßnahmen s. o.), um Erwerbsbeteiligung von Frauen weiter zu erhöhen und gleichzeitig Geburtenrate zu steigern. Einige andere Maßnahmen werden hier auch als Mittel zur Erreichung angemessener Renten aufgeführt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Solidarrente (S. 46): alle, die 35 Jahre erwerbstätig waren und/oder Anrechnungszwecken für Kindererziehung und Pflege haben, sollen Rente mind. 10 % über dem durchschnittlichen Grundsicherungsanspruch erhalten (das ermöglicht Berücksichtigung regional unterschiedl. Wohnkosten). Selbstständige (die nicht über Versorgungswerke abgesichert sind) sollen einbezogen werden (S. 46). • Noch einige weitere Details und Aspekte zu Rente auf den Folgeseiten. 	<p>und Krankenversicherung mit geringen Mindestbeträgen entlastet werden. S. 206; gesetzliche Rente soll finanziell besser aufgestellt werden und solidarischer werden durch Streichung Versicherungsfremder Leistungen, die aus Steuergeldern bezahlt werden sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> • S.207 Bürger*innenversicherung im Gesundheitssystem für alle 	<ul style="list-style-type: none"> • parität. Beitragszahlung AN/AG; perspektivisch f. AG auch höher (20) • Rente ab 65 J. abschlagsfrei (8, 22) • nach mind. 40 Beitragsjahren Rente ab 60 J. (8) • Rente nach Mindestentgeltpunkten auch f. Zeiten 1992 <ul style="list-style-type: none"> ○ 3 Entgeltpunkte pro Kind geburtsjahrunabhängig f. alle (21) ○ volle Anrechnung von Kindererziehung (gemeint ist offenbar der vorige Punkt) und bessere Anerkennung von Pflege (73) • Einzahlung Rentenbeiträge bei Freiwill.arbeit durch Staat (21) • bess. Anerkennung v. Ausbildungszeiten (21) • Umbau Rentensystem z. Erwerbstätigenversicherung (ähnl. Österreich): > alle, auch Politiker zahlen ein (20,21) • Anhebung Beitragsbemessungsgrenze m. Ziel Aufhebung (21) • Überführung Riester-Rente in persönliches Rentenkonto (21) • Möglichkeit freiw. Einzahlungen (21) 	<ul style="list-style-type: none"> • S.58 Doppelbesteuerung der staatlichen Rente vermeiden • S.58 Grundsicherung im Alter: Wer gearbeitet hat, muss später mehr haben
---	---	---	--	--

				<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsrente ohne Doppelverbeitragung (KV) u. mit Sozialabgaben (22) • sofortige Angleichung O/W-Rente (22) 			
6. Familienrecht	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Aussagen! 	<ul style="list-style-type: none"> • Familien-, Abstammungs- und Vormundschaftsrecht soll reformiert werden (S. 84), keine näheren Ausführungen 	<ul style="list-style-type: none"> • S. 209: Unterstützung von Pflegekindern und Pflegefamilien – Verbesserung ihrer rechtlichen Situation; • S. 214 für ein modernes Familienrecht (alle Familienformen anerkennen und schützen); neues <i>Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung</i> • S. 123 Ehe für Alle; • S.123 Art.3 GG erweitern um Merkmale der sexuellen und geschlechtlichen Identität • S. 123 Transsexuellen-Gesetz zur Anerkennung selbst bestimmter Geschlechtsidentität 	<ul style="list-style-type: none"> • AdoptionsR f. alle (73) • Wahlverwandschaften u. fürsorgl. verbundene Gemeinschaft statt Ehe (73, 76) • Repro-Medizin für nicht-verheir. sowie lesbische Single-Frauen (m. Kosten übern. durch KV) (73) 	<ul style="list-style-type: none"> • Öffnung der Ehe • Kindergeld 2.0 • Wechselmodell als Regelfall • Einführung von Verantwortungsgemeinschaft • Ablehnung von Homo- und Transphobie sowie Rassismus (S.94) offener Umgang mit den Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin (nicht nur für verheiratete Paare, Eizellspende und Leihmutterschaft erlauben) 	<ul style="list-style-type: none"> • S.38 Mehr Gerechtigkeit bei Scheidungen • S.38 Väter stärken: spezielle Politik für Männer und Väter (z.B. bei getrennt lebenden Paaren die Väter, die mehr Umgang mit ihren Kindern haben möchten) • S.39 Schutz des ungeborenen Lebens (z.B. Adoptionen erleichtern) 	
7. Wohnen	<ul style="list-style-type: none"> • Belebung des öff. u. priv. Wohnungsbaus • Schaffung v. student. Wohnraum • steuerl. Förderung v. Neubau Mietwohnungen <ul style="list-style-type: none"> ○ steuerl. Förderung Grundbesitzer 	<ul style="list-style-type: none"> • „Soziale Stadt“ weiterführen (S. 55), bessere Infrastruktur , auch Breitbandausbau, auf dem Land (S. 57) • Mieten (S. 55): Mietpreisbremse verbessern, bessere und verbindlichere Mietspiegel, Begrenzung von Modernisierungsumläufen 	<ul style="list-style-type: none"> • S.183 „Wir kämpfen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen“; • S. 185 gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik; S. 188 1.000.000 zusätzliche preiswerte Wohnungen im Neubau und Bestand sollen gebaut werden; 	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung soz. Wohnungsbau (250.000 neue Soz.wohnungen jährlich) (45) • neue Wohngemeinnützigkeit (45) • echte Mietpreisbremse m. Mietendeckelung • Verbot v. Entmietung (Bezug unklar) • Zweckentfremdungsverbot 	<ul style="list-style-type: none"> • (S.146-148) Bremsen bei Wohnungsbau lösen • mehr Wohnraum schaffen • Mietpreisbremse abschaffen • 1:1 – Umsetzung der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie • Zweckbindung der Bundesmittel zur Wohnungsbauförderung 	<ul style="list-style-type: none"> • S.69 Wohnungsbau (Mietpreisbremse abschaffen; Ausweisung neuer und Optimierung bestehender Baugebiete, Eigentumsförderung durch Bereitstellung von Grundstücken durch die öffentliche Hand und Förderung gesellschaftlichen 	

	<p>(bei Umwidmung u. Mietwohnbau)</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Wiedereinführung. degress. AfA für begrenzt. Zeitraum (S.27) ● Verkauf v. Bundesgrundbesitz ohne Wirtschaftl.prinzip für Städte u. Gemeinden ● Reform Wohngeld (keine Details) (S. 37) ● Förderung Wohneigentum ● Baukindergeld <ul style="list-style-type: none"> ○ 1.200 € jähr. /Kind ○ 10 Jahre lang ○ ab 1.7.17 (S.26, 38) ● Freibeträge bei Grunderwerbssteuer bei erstmaligem Erwerb v. selbstgenutztem Eigentum (S.38) ● bessere Förderung bei KfW (S.26) 	<p>gen, regelmäßige Anpassung Wohngeld, Öffentl. und soz. Whgsbau ausbauen</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Wohneigentum (S. 56): Begrenzung Bodenspekulation, sozial gestaffeltes Familienbaugeld, Bestellerprinzip bei Maklern auch bei Wohnungskauf einführen, Programm „Jung kauft Alt“ gegen Verödung von Dorfkernen 	<ul style="list-style-type: none"> ● S. 189 Mietpreise bremsen; ● S. 189 Verdopplung des Wohngeldes (Heizkosten sollen wieder berücksichtigt werden, Neueinführung eines Klimazuschusses), ● S. 189 Berücksichtigung der ökologischen Gebäudequalität 	<ul style="list-style-type: none"> ● Sonderkommission „Gerecht Wohnen“ (46) ● keine steuerl. Abschreibung v Leerstand ● ges. Vorgaben f. Instandhaltung, soz. Bewirtschaftg, Mietermitbestimmg ● Beschlagnahme leeren Wohnraums ● soz Durchmischung (47) ● Erhalt soz. Zweckbindung ● Barrierefreiheit ins Baugesetz ● Bundesprogramm 5 Mrd. jähr. f. energetische Modernisierung > Mieteranspruch, dass Vermieter Program i. Anspr. nimmt u. er nicht belastet wird (48) ● Ausschluss v Räumung i. d. Obdachlosigkeit (48) ● Wohngelderhöhung ● angemess. Kosten der Unterkunft bei Mindestsicherung ● kollektives VorkaufsR v. Mietern ● bes. Schutz f. soz. Träger v. Wohnprojekten: > WohnungsmietvertragsR in Bl. auf Kündigung, drastische Miet-Erhöhung (49) ● Stadumbauprogramm des Bundes: Unterstütz g ländl. Regionen ● Verbesserung d. Programms Soziale Stadt (50) 	<ul style="list-style-type: none"> ● Wohngeld wird der örtlichen Mietentwicklung angepasst 	<p>Wohnens, weiter Förderung durch Wohngeld, Baustandards vereinfachen, Grund- und Gewerbesteuer sollen gesenkt werden)</p> <ul style="list-style-type: none"> ● S.70 Ländlichen Raum stärken durch bessere Infrastruktur, um Wanderungsdruck in die Ballungsgebiete zu mildern, Verbesserung der Anbindung an das überörtliche Straßen- und Schienennetz
--	---	--	--	--	---	--

<p>8. Migration / In-Integration</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ansatz des Forderns u. Förderns <ul style="list-style-type: none"> ○ Abschluss verbindl. Integrationsvereinbarungen ○ regelm. In-tegr. monitoring (S.74) • bes. Förderung v. Frauen m. Migr. hintergr. • f. jeden zugewanderten Jugendlichen Möglichkeit des Freiw. Soz. Dienstes • Fachkräftezuwanderungsgesetz (eine Einwanderung i. d. soz. Sicherungssysteme lehnen wir ab (S.11)) • Ehrenamt = wichtiger Teil der Leitkultur (S.71) • dopp. Staatsbürgersch. = immer Ausnahme! <ul style="list-style-type: none"> > künftig nicht mehr weiter vererbbar (S.74) 	<ul style="list-style-type: none"> • von Fluchtsachen bekämpfen über freiwillige Rückkehr erhöhen bis Frauen und Kinder besonders schützen ist alles dabei (S. 74ff) • Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild (S. 77) 	<ul style="list-style-type: none"> • S. 111 Forderung modernes Einwanderungsrecht und Einwanderungsgesetz • S.212 Anspruch auf Teilnahme an Integrationsangeboten • in D Geborene sind deutsche Staatsbürger/innen S: 214 • modernes Staatsbürgerschaftsrecht (Doppelstaatsbürgerschaften möglich); Wechsel zwischen Status im Einbürgerungsrecht und Asylrecht sollen möglich werden • S. 215 kommunales Wahlrecht nach Wohnortprinzip 	<ul style="list-style-type: none"> • Wiederherstellg d. GR auf Asyl • Abschaffung des restriktiven AufenthR (68) • Abschaffung v. Residenzpflicht, Wohnsitzauflagen, Unterbringung i. Sammel-lagern (123) • Abschaffung Wartefristen f. Schulbesuch (124) • Abschaffung des Asylbewerberleistungsg (123) • Legalisierung v. Menschen o Aufenthaltsgen. • bundesweite Schulpflicht unabhängig v. Aufenthaltsstatus • Rechtsanspr. Kita u. GT-Plätze (69) • keine Ausnahmen bei Mindestlohn (69,123) • Ombudsstellen (70) • deutsche Staatsangehörigkeit f. hier geborene Kinder • Rechtsanspr. auf Einbürgerung nach 3 Jahren le-galem Aufenthalt • aktives u. passives WahlR für dauerh. i. Dt. lebende Migranten auf allen Ebenen • unbürokr. Anerkennung ausländischer Qualifikationen (121) • Nachzug nicht auf engste Fam.angehörige be-schränkt 	<ul style="list-style-type: none"> • (S.68-71) Klare Regeln durch ein Einwanderungsgesetz • Doppelte Staatsbürgerschaft • Bessere Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse • Englisch als ergänzende Verkehrs- und Arbeitssprache testen 	<ul style="list-style-type: none"> • S. 37 „Der Erhalt des eigenen Staatsvolks ist vorrangige Aufgabe der Politik.“ Ebenda: „Eine kinderfreundliche Gesellschaft und der Erhalt des Staatsvolks sind daher als Staatsziel ins Grundgesetz aufzunehmen.“ • S.56 Sozialpolitik und Zuwanderung: „Unser Sozialstaat kann nur erhalten bleiben, wenn die geforderte Solidarität innerhalb einer klar definierten und begrenzten Gemeinschaft erbracht wird.“ • S.44 Folgen der Massenimmigration auf dem Rücken der Schüler • S.33 Der Islam im Konflikt mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung
--	---	--	---	--	---

<p>9. Bewertung</p>	<p>Nicht allzu verwunderlich ist, dass die CDU die Leistung der Regierung in den vergangenen Jahren ausführlich hervorhebt. Dies alles mal im Kontext und zusammengeführt lesend, wirkt hier auch zum Teil als gute Leistung recht überzeugend.</p> <p>Bedauerlich ist: – Die CDU schreibt so gut wie nichts Ausdrückliches zur Armut/Armutsbekämpfung. Hier kann man sich allenfalls etwas erschließen, zum Beispiel mit der expliziten Aussage zu "Erhöhung Kindergeld/Freibetrag". – Zur infrastrukturellen Förderung/deren Verbesserung, Ausbau gibt es nur eine sehr allgemeine Aussage (siehe Seite 32) – Das im Vorspann/in den allgemeinen Aussagen zu Beginn zitierte europäische Sozialmodell wird kurz angerissen und soll wohl Leit-Modell sein (?). Hier wird auch die Werte-fundierte Haltung</p>	<ul style="list-style-type: none"> Das Programm kommt selbstbewusst als "Regierungsprogramm" daher. Es werden viele Einzelmaßnahmen und Absichten angesprochen, das allermeiste sehr unkonkret. Eine Vision ist nicht auszumachen. Rente ist offenbar eines der Kernanliegen, mit dem das Leitthema Gerechtigkeit unterfüttert wird. Der Teil ist ausführlich (S. 32-36) und ziemlich konkret. Ansonsten ist das Leitmotiv „Gerechtigkeit“ durchziehend, an vielen Stellen aber indirekt. Das hätte man durchaus deutlicher betonen können. Schwerpunkte sind Familie, Bildung (gleich das erste Kapitel) und Rente. An diesen Stellen wird das Programm auch konkreter. Auch zu Demokratieverbesserung gibt es einiges. Letzteres habe ich aber nur überfliegen. Interessant sind die Familienarbeitszeit, die es in abgewächter Form auch für Pflegende geben soll und die Vorschläge zum Kindergeld: Einerseits nach Alter und Kinderzahl staf- 	<ul style="list-style-type: none"> Das Gesamtprogramm ist am Schluss gebündelt in zehn Forderungsschwerpunkte. Innerhalb dieser sind familienpolitisch relevante Forderungen zu finden: 5. Familien stärken, S.235; 6. Soziale Sicherheit schaffen, S. 235; 7. Integration zum Erfolg führen, Geflüchtete schützen; 8. Gleichberechtigt und selbstbestimmt leben, S. 236 Ehe für Alle. 	<ul style="list-style-type: none"> Aufhebung Visumpflicht (122) <p>Als Oppositionspartei wird Lage der Nation äußert kritisch-würdige – aus Sicht der Linken –über viele Seiten hinweg beschrieben. Es gibt zahlreiche sehr ausführliche Vorschläge, leider nicht immer sehr strukturiert an Ort und Stelle zu einem Stichwort; zum Teil sind die verschiedensten Bereiche zu verschiedenen Themen untergemischt. <ul style="list-style-type: none"> Würden die Vorschläge alle in die Tat umgesetzt, befände sich Deutschland in vielen Bereichen auf einem paradiesischen Weg. So sind sehr umfangreiche Ressourcen nötig, aus denen alles finanziert wird und ich konnte solche Töpfe im Programm nicht entdecken. Sehr viele und besonders viele konkrete Vorschläge > zur Armut/Armutsbekämpfung > zur Rente > zum Wohnen > zu Arbeit und Arbeitsschutz. </p>	<p>Die Analyse von Andreas Kemper für die Friedrich Ebert Stiftung von 2014 beschreibt den Geist, der auch im Wahlprogramm 2017 der AfD aufscheint und familienpolitisch als ‚Familialismus‘ bezeichnet wird m.E. ziemlich umfassend: „Im Mittelpunkt der Analyse[FES-Studie] steht der dort zum Vorschein kommende Geschlechterkonservativismus, der als „Familialismus“ bezeichnet wird. „Familialismus“ meint nicht eine Ausrichtung auf Familie generell, sondern er bezieht sich auf ein sehr eingeschränktes, bevölkerungsbiologisch-nationales und normatives Familienbild. Familien, die diesem Leitbild nicht entsprechen, wie Alleinerziehende, nichtdeutsche Familien, finanzschwache Familien und sogenannte Patchwork- bzw. Regenbogenfamilien, werden marginalisiert, wenn nicht sogar bekämpft. Entsprechend richtet sich der Familialismus auch gegen individuelle Lebensentwürfe, die</p>	<p>Das FDP Wahlprogramm zeigt sich bewusst modern. Ein Hauptschwerpunkt ist Bildung im digitalen Zeitalter. In diesem Programmpunkt sind die meisten familienrelevanten Forderungen zu finden.</p> <ul style="list-style-type: none"> Es wird an vielen Stellen dezidiert auf die aktuelle Lebenswirklichkeit eingegangen (Wechsel der Arbeitsplätze- Lebenslaufperspektive, Freiberufler und kleine Betriebe sind in den Blick genommen sowie Probleme von Langzeitarbeitslosen).
----------------------------	--	---	---	--	--	---

<p>betont und auf Familie verwiesen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Es gibt viele ausdrücklich auf Familie bezogene Stichpunkte. - Es gibt so gut wie nichts Ausdrückliches zur Jugend (z. B. nur im Zusammenhang mit Bildung). - Die Förderung von Wohneigentum wird sehr betont mit einer Reihe konkreter Vorschläge. - Zur besseren Verinebarkeit Familie/Erwerb gibt es nur einen neuen Vorschlag mit konkreten Bezug zur Arbeit (Rechtsanspruch auf Rückkehr von Teilzeit zu Vollzeit). Keine Vorschläge zum Beispiel zur Weiterentwicklung von Elternzeit, Elterngeld. - zur Armut/Armutsbekämpfung gibt es nichts Konkretes mit einem expliziten Stichwort. Allerdings wird die Erhöhung von Kindergeld/Freibetrag in Aussicht gestellt. - Zur Rente gibt es keine neuen Vorschläge, nur der Hinweis auf eine Kommission. - Digitalisierung scheint im Mittelpunkt des CDU - Interesses bei Neuerungen zu sein: Hierzu findet 	<p>feln, andererseits zusammenlegen mit dem Kinderzuschlag. Wie auch immer, für SGB II-Empfänger/innen gibt es so oder so nicht mehr (außer Verdoppelung des Schonvermögens).</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Familientarif mit Kinderbonus ist auch eine interessante Idee und besser als das reine Familiensplitting. Aber mir scheint, der neue Freibetrag passt nicht zum Kinderfreibetrag und zum BEA. • viele offene Bausteine • An einer SGB VIII-Reform wollen sie sich offenbar nicht erneut versuchen, gar nicht gut. • Sozialpolitisch interessant sind die Vorschläge zur Rente und zur Bürgerversicherung (endlich!). Bei der Rente wird allerdings auch deutlich, wie schwierig es werden wird, die Voraussetzungen zu schaffen, um das angestrebte Rentenkonzert umzusetzen. • Eine sehr vorsichtige Abkehr von einigen wenigen Agenda-Zumutungen ist erkennbar. 	<p>Viele Vorschläge der Linken haben als Hintergrund die Wahrnehmung, dass unsere Gesellschaft sehr unter Druck steht, was sich gerade in den Care-Bereichen zeigt. Hier will die Linke deutlich für Entlastung sorgen; die Verwirklichung dieser Ideen wäre tatsächlich sehr wünschenswert und würde zu einer besseren Lebensqualität führen. Die sehr starken widerständischen Kräfte dagegen in der Gesellschaft lassen allerdings an einer nur annähernden Verwirklichung zweifeln.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Auch eine bessere Verwirklichung der Demokratie, die laut Der Linken „demokratisiert“ werden muss, wird mit konkreten Vorschlägen untermauert. Das ist ganz interessant im Blick auf unsere Jahrestagung. • Ausdrückliches auch zu Frauen und deren Gleichstellung (im Gegensatz zur CDU, die dies wohl schon mehr oder weniger verwirklicht sieht). • Die „Familie“ als solche wird nicht konkret mit 	<p>keine Elternschaft vorsehen. Der Familialismus ist zudem national orientiert, gekoppelt an eine nationale Bevölkerungspolitik, Michel Foucault würde hier von „Biopolitik“ sprechen. Verschiedene Außenungen aus der AfD legen nahe, dass es sich bei der Bevölkerungspolitik nicht nur um eine quantitative, sondern um eine qualitative Bevölkerungspolitik handelt, das heißt um eine Politik, die nicht nur regulieren möchte, wie viele Kinder es zu geben hat, sondern darüber hinaus, welche Bevölkerungsgruppen Kinder bekommen oder keine Kinder kriegen sollen. Wenn im Folgenden von „Familialismus“ die Rede ist, sind damit diese normativen bevölkerungspolitischen Forderungen gemeint, die zu reproduktiven Selbstbestimmungsrechten im Widerspruch stehen. Es zeigt sich, dass die Geschlechter- und Familienpolitik, wie sie insbesondere von Beatrix von Storch vertreten wird, in ein europäisches Netzwerk eingebunden ist, welches zudem noch intensive Kontakte</p>
--	---	---	---

<p>10. Besonderheiten / Kommentare</p>	<p>Arbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vollbeschäftigung für ganz Deutschland (S.10) • zukunftssichere Arbeitsplätze, insbes. i. Bereich d. Digitalisierung • mehr Frauen in soz.versichg.pflichtige Arbeit 	<ul style="list-style-type: none"> • guter Gedanke, das Instrument Familienarbeitszeit ähnlich auch auf pflegende Angehörige zu übertragen. • Recht auf Nicht-Erreichbarkeit (S. 23): gute Idee und sehr familiengerecht, wenn auch nicht so begründet 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschluss einer Koalition mit der AfD • Erwähnung dass Rot-Grün schon einmal auf Bundebebene regiert hat und BÜ90/ Die Grünen diese Koalition gern weiterführen würde. • Aussagen zu Bildungspolitik bleiben vereinzelt vage. 	<p>Vorschlägen versehen; das korreliert mit dem offenen Verständnis der sogenannten Wahlerwandtschaften, denen von der Linken familien-ähnliche Rechte eingeräumt werden (sollen). Hier finden sich interessante, diskussionswürdige Ideen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sogar zur Kirche gibt es konkrete Aussagen (im Gegensatz zur CDU) • Die Vorstellungen zur Pflege und zu einer „Revolution von Fürsorgetätigkeiten“/beziehungsweise deren Unterstützung sind in ihrer Konkretisierung recht interessant. <p>Insgesamt kann man dem ausführenden Programm viele Anregungen entnehmen.</p>		<p>nach Latein- und Nordamerika und Russland unterhält. Die Zivile Koalition von Beatrix von Storch arbeitet als internetbasiertes Kampagnennetzwerk ähnlich wie das spanische Netzwerk CitizenGo, dessen Gründer jahrelange Erfahrungen aus den Vereinigten Staaten mitbrachte. US-amerikanische familialistische Organisationen fördern die fundamentalistische Bewegung in Deutschland und Europa nicht nur mit Geld (mehrere Millionen Dollar 2012 von nur wenigen Organisationen), sondern stellen auch ihr Vernetzungspotenzial (World Congress of Family) bzw. juristisches Kapital (European Center for Law and Justice) zur Verfügung.“ (FES Studie, S.31)</p>
	<p>Arbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vollbeschäftigung für ganz Deutschland (S.10) • zukunftssichere Arbeitsplätze, insbes. i. Bereich d. Digitalisierung • mehr Frauen in soz.versichg.pflichtige Arbeit 	<ul style="list-style-type: none"> • guter Gedanke, das Instrument Familienarbeitszeit ähnlich auch auf pflegende Angehörige zu übertragen. • Recht auf Nicht-Erreichbarkeit (S. 23): gute Idee und sehr familiengerecht, wenn auch nicht so begründet 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschluss einer Koalition mit der AfD • Erwähnung dass Rot-Grün schon einmal auf Bundebebene regiert hat und BÜ90/ Die Grünen diese Koalition gern weiterführen würde. • Aussagen zu Bildungspolitik bleiben vereinzelt vage. 	<p>Vorschlägen versehen; das korreliert mit dem offenen Verständnis der sogenannten Wahlerwandtschaften, denen von der Linken familien-ähnliche Rechte eingeräumt werden (sollen). Hier finden sich interessante, diskussionswürdige Ideen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sogar zur Kirche gibt es konkrete Aussagen (im Gegensatz zur CDU) • Die Vorstellungen zur Pflege und zu einer „Revolution von Fürsorgetätigkeiten“/beziehungsweise deren Unterstützung sind in ihrer Konkretisierung recht interessant. <p>Insgesamt kann man dem ausführenden Programm viele Anregungen entnehmen.</p>		<p>nach Latein- und Nordamerika und Russland unterhält. Die Zivile Koalition von Beatrix von Storch arbeitet als internetbasiertes Kampagnennetzwerk ähnlich wie das spanische Netzwerk CitizenGo, dessen Gründer jahrelange Erfahrungen aus den Vereinigten Staaten mitbrachte. US-amerikanische familialistische Organisationen fördern die fundamentalistische Bewegung in Deutschland und Europa nicht nur mit Geld (mehrere Millionen Dollar 2012 von nur wenigen Organisationen), sondern stellen auch ihr Vernetzungspotenzial (World Congress of Family) bzw. juristisches Kapital (European Center for Law and Justice) zur Verfügung.“ (FES Studie, S.31)</p>

<ul style="list-style-type: none"> • mehr Frauen in Führungspositionen • Nachqualifizierung junger Menschen • Festhalten am Mindestlohn; Ausgestaltung jedoch zu bürokratisch u. wenig alltagstauglich • Abbau Bürokratie (S.12) • - „mitwachsende Minijobs“ = Teilh. an allgem. Lohnsteigerung (S.12) • - mehr Gründerkultur für Junge (S.14) 	<ul style="list-style-type: none"> • Einige Vorschläge deuten auf Untersetzung hin, es gibt aber keine Erläuterungen, wie weit sie durchgerechnet sind und welcher gesetzlichen Veränderungen es bedarf (z. B. bei KinderZeitPlus, Familienbudget). • Der Programmwurf wurde auf der BDK erheblich erweitert und ausgearbeitet. • Die Grüne Klammer ist natürlich Umweltpolitik. Aber niemand kann jetzt noch bestreiten, dass auch diese Aspekte familienpolitisch relevant sind. • Eine Forderung „Ehe für Alle“ ist überrraschenderweise schon umgesetzt. 	<ul style="list-style-type: none"> • öffentl Haftungsfonds f. Hebammen (32) <p>Gleichstellung / Frauen / Gleichberechtigung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entgeltgleichh.gesetz (13, 72) • VerbandsklageR (damit Frauen nicht mehr allein vor Gericht ziehen müssen (72) • GleichstellungsG f. Privatwirtschaft (72) • Parité-Gesetz: Wahllisten – u. Wahlkreise geschlechterparitätisch aufstellen (73) • §§ 218 f StGB streichen, „Recht auf u. Zugang zu sicheren Schwangersch-abbr. wohortnah u. barrierefrei“, kostenfreie Verhütung bzw. ermäßigter MWSt-Satz v. 7 % (74) • Gewalt gegen Frauen <ul style="list-style-type: none"> ○ Rechtsanspr. auf sofortigen Schutz u. umfass. Hilfe ohne Nachweispflicht ○ Finanzierung v. Frauenhäusern darf keine freiwillige Leistung mehr sein (75) 	<p>kann davon ausgegangen werden, dass die Netzwerke der AfD international und in den Gremien bis ins EU Parlament nicht kleiner geworden sind und somit die Tendenzen der Analyse von Kemper nach wie vor ihre Berechtigung haben:</p>
<p>Familie</p> <ul style="list-style-type: none"> • „Familie u. Kinder im Mittelpunkt“ (S. 24 ff) • „Familien u. Kinder sind unser gr. Glück. 	<p>- Gleichber. jeglicher Geschlechter</p> <ul style="list-style-type: none"> • auch bei mehr als 2 Personen 	<p>BesuchsR i. Krankenhaus,</p>	

Wenn zwei Menschen füreinander da sind u. Verantwortung übernehmen, leisten sie einen Beitrag z. einer menschlichen u. stabilen Gesellschaft. Wo immer Menschen Verantwortung f. Kinder u. ihre Erziehung übernehmen, leisten sie einen wertvollen Beitrag für unsere gemeinsame Zukunft....große Ermutigung, dass Zahl der Geburten wieder steigt. Ehe u. Familie zu fördern, bleibt f. uns eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Deshalb stehen Ehe und Familie unter dem besond. Schutz d. GG.“

- „Wir schreiben Familien **kein best. Familienmodell vor**...-Verantwortung wird auch in anderen Formen d. Zusammenlebens, die auf Dauer angelegt sind, übernommen u. gelebt: z.B. durch Alleinerz., Patchw.Fam, nicht-ehel. LG u. die bestehenden eingetrag. LP.“ (S.24)

Familienfreundlichkeit

AdoptR, AussageverweigerR, bes. Zuwendungen bei Pflege (76)

- Inter-Transsexualität: bes. lange Ausführung (76 ff)

Jugend

- Belastung durch wachs. Leistungsdruck (126)
- ÖPNV, Kultur u. -förderung kostenlos
- Senkung Wahlalter auf 16 J. (127)

Kirche

- keine Diskriminierung u. Kündigung durch Kirchen u. Relig.gemeinsch. aufgrund Beziehungsstatus (74)
- institutionelle Trennung Staat- Kirche (132)
- gemeins. mit Kirche gegen Erwerbsarbeit am Sonntag (133)
- Abschaffung d. Militärseelsorge
- selbstständige u. selbstverantwortliche Erhebung der Kirchen-Mitgliedsbeiträge (133)

- Bürger- u. anwenderfreundliche Verwaltung
 - > digitale Bürgerportals u. Bürgerkonten (S. 17)
- z.B. für Steuererklg, Kindergeld-Antrag, PKW-Zulassung (S.17f)
- - Anlauf- u. Auskunftsstelle f. alle Familienangelegenheiten (S.27) Digitalisierung f. ÖPNV > deutschlandweites digitales Ticket (S.20)
 - Vorfahrt für Familien u. Kindern i. Behörden u. Einrichtungen
- z. B. Flughäfen, Fahrkartenschalter, Museen (? : könnte s. als Bumerang f. Fam.freund. rausstellen) (S. 27)

Familien auf dem Land

- - „Offensive ländlicher Raum“ (S. 27)
- Gleichwertig. d. Lebensverhältnisse (S.30)
- Förderung und Erhalt v. Familienbetrieben (S.15)
- - gute ärztl. Versorgung wird garantiert (S.39)

	<p>Frauen / Gleichstellung bis spätestens 2025 gleichber. Teilh. v. Frauen i. Leitungsfunktionen i. öff. Dienst (S.14)</p> <p>Pflege</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bürgersicherung wird abgelehnt (S.38) • bess. Vernetzung d. Versorgungsbeteiligten (S.38) • konzentrierte Aktion Pflege > Ausbau Möglichkeiten Reha, bess. Zus.arbeit Versicherungsträger (S.41) • - Rückgriff auf Einkommen pflegender Kinder erst ab 100.000 € (S.41) • - „Nationales Gesundheitsportal“ (S. 39) ▪ modernste Assistenzsysteme f. längere Selbstständig. i. eigener Umgebung (S.55) 					
<p>11. Bearbeiterin</p> <p>12. Links zu den Wahlprogrammen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Sabine Mundolf 	<ul style="list-style-type: none"> • Insa Schöningh 	<p>Esther Ullmann-Goertz</p>	<p>Sabine Mundolf</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Esther Ullmann-Goertz 	<ul style="list-style-type: none"> • Esther Ullmann-Goertz
<p>CDU: https://www.cdu.de/system/tfdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1 SPD: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundesparteitag_2017/Es_ist_Zeit_fuer_mehr_Gerechtigkeit-Unser_Regierungsprogramm.pdf Grüne: https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017.pdf Linke: https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2017/wahlprogramm2017/die_linke_wahlprogramm_2017.pdf</p>						

FDP: <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2017/07/25/20170725-wahlprogramm-wp-2017-v15-online.pdf>
AFD: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AFD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf ;